



## **Zusammenfassung / Riassunto**

**Open Space, 06.02.2016, Meran/Merano,**  
Fachoberschule für Tourismus und  
Biotechnologie/Istituto Tecnico per il Turismo e le  
Biotechnologie  
„Marie Curie“

## **Open Space, 06. Februar 2016, Meran, Fachoberschule für Tourismus und Biotechnologie „Marie Curie“ – Themenübersicht und Zusammenfassung der Protokolle**

Dieser Text dient der Information und gibt eine qualitative Übersicht zu den Themen und Überlegungen, die in der dritten Open-Space-Veranstaltung in der Fachoberschule für Tourismus und Biotechnologie „Marie Curie“ in Meran im Rahmen des Südtirol-Konvents erarbeitet worden sind. Er geht auf unterschiedliche Fragestellungen und Argumente ein, versucht kontroverse Positionen auszuleuchten, erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Als Grundlage dienen die von den Teilnehmenden verfassten Protokolle zu den einzelnen Workshops. Für deren genauen Wortlaut wird auf die vollinhaltliche Transkription [http://www.konvent.bz.it/sites/default/files/atoms/files/protokolle\\_meran.pdf](http://www.konvent.bz.it/sites/default/files/atoms/files/protokolle_meran.pdf) verwiesen.

Es standen insgesamt 35 Themen zur Diskussion. Dem Sekretariat des Autonomiekonvents wurden 35 Protokolle übermittelt.

Die Vorschläge aus diesen Protokollen wurden zu den folgenden 14 alphabetisch gereihten thematischen *Clustern* zusammengefasst, die weitgehend jenen der beiden vorangehenden Open Space Veranstaltungen entsprechen.

### **1. Ausbau der Autonomie**

Es besteht der Wunsch - nach Klärung der Staatskompetenzen - sämtliche Zuständigkeiten an das Land Südtirol zu übertragen. Genannt werden u.a.: Steuerhoheit, Justiz, Schule, Polizei, öffentliches Vergabewesen, Umsetzung EU-Recht, Sport, Post, Umweltschutz, Gesundheitswesen, Jagd. Zudem müssten bestehende Kompetenzen gefestigt und ausgebaut werden, da das Verfassungsgericht zu oft mittels zentralistischer Auslegung eingreift. Es bedürfte einer personellen Aufstockung der Anwaltschaft des Landes. Auch sollte man den Spielraum im Bereich der primären und sekundären Kompetenzen besser nutzen (wie im Trentino). Sportautonomie stehe Südtirol zu, heißt es mit Verweis auf andere Länder wie San Marino. Es sei ein unbezahlbarer Werbeeffekt, wenn Südtiroler Sportler mit einem Südtiroler Werbeaufdruck an den Start gehen. Gefordert wird, dass das Subsidiaritätsprinzip auch zwischen Land und Gemeinden angewendet wird. Die Gemeinden sollten angemessene Geldmittel, Stabilität und Planungssicherheit erhalten. Angeführt wird, dass die Polizei nationale Kompetenz bleiben soll, um eine gute Kommunikation zwischen Staat und Provinz zu sichern.

### **2. Beziehung zu Österreich**

Die internationale Absicherung der Autonomie wird als nicht stark genug eingeschätzt, weshalb der Einsatz der Schutzmacht Österreich im Dialog mit Italien als wichtig angesehen wird. In einer Wortmeldung wird den Durchführungsbestimmungen keine internationale Absicherung zuerkannt. Es bestehe ständig die Gefahr einseitiger Abänderungen durch Italien. Eine Wortmeldung zieht in Zweifel, ob die bilaterale Absicherung auch als internationale Absicherung gelte.

### **3. Bürger/-innenbeteiligung**

Ein autonomes Land brauche offene und verantwortlich handelnde Personen. Dies wird mit einem Appell zu Eigenverantwortung, Zivilcourage und Subsidiarität verbunden. Es liege an den Bürgerinnen und Bürgern, die Politikverdrossenheit zu ändern. Als hilfreich werden hierfür u.a. eine Version des Autonomiestatuts in einer allgemein verständlichen Sprache und die Förderung der direkten Demokratie betrachtet. Die Bevölkerung solle die Regeln der Politik mitbestimmen und als Souverän Grundsatzentscheidungen treffen. Es wird auch angeführt, dass es gewählte Volksvertreter/-innen brauche, da das Volk nicht immer mitentscheiden will.

### **4. Einwanderung**

Es wird als notwendig erachtet, dass die Zuständigkeit für Einwanderungsfragen vom Staat auf das Land übertragen wird, um integrationsförderliche Maßnahmen wie Fortbildung und Information zu fördern. Die Beherrschung der deutschen Sprache müsse zusätzlich zur italienischen als Voraussetzung für den Erwerb der Staatsbürgerschaft anerkannt werden. In der Schweiz, wo der Ausländeranteil höher ist, werden die Gesetze strikter angewendet.

### **5. Erweiterter Minderheitenschutz**

Sinti und Roma, die seit langem in Südtirol leben, benötigen einen rechtlichen Schutz. Es wird die Frage gestellt, ob der Verweis auf Menschenrechte und die Verfassung für einen angemessenen Schutz der verschiedenen anderen (sprachlichen) Minderheiten in Südtirol ausreiche oder ob es hierfür besondere Maßnahmen braucht. Wer kommt, müsse sich der Mehrheit anpassen. Des Weiteren wird für gemischtsprachige Familien die bislang verwehrt Anerkennung als eigene Sprachgruppe gefordert.

### **6. Kultur**

Aufgrund ihrer identitätsbildenden Funktion wird die Aufwertung von Kultur und Kunst als langfristig wichtigste gesellschaftliche Leistung gefordert. Als ebenbürtige Säulen wie Wirtschaft und Soziales sollen diese Bereiche entsprechend mit Ressourcen ausgestattet werden. Kultur/Kunst muss den „Beiwerk“-Charakter ablegen. Kultur muss mit der Schule in Verbindung stehen und ein Konzept dreisprachiger Kultur voranbringen, das als Klammer für alle drei Kulturabteilungen wirken könnte. In der Präambel des Autonomiestatuts sollte die fundamentale Funktion der Kultur verankert werden. Es gehe um eine Kultur des Zusammenlebens und nicht der Trennung. Dem Bozner Museion sollte eine dem universitären Niveau ebenbürtige Rolle der künstlerischen Auseinandersetzung mit den Fragen der Zeit zugedacht werden.

## **7. Mehrsprachigkeit und Proporz**

Es wird die durchgehend zweisprachige Kommunikation in allen öffentlichen Dienstleistungen gefordert, von der Post über die Telecom, dem Steueramt bis hin zu den staatsnahen Behörden. Ebenso sollten zweisprachige Etikettierungen bei Medikamenten und Produkten wie Lebensmittel und Spritzmittel eingeführt werden. Die Schweiz sei darin Vorbild. Diskutiert wird auch die vorübergehende Aussetzung des Proporz, um nach fünf Jahren die Effekte zu beurteilen. Die Anstellung der Beamten sollte nach Qualifikation und einem Zweisprachigkeitstest erfolgen. Die Abkehr vom Proporz könnte mehr Motivation zum Sprachenlernen auslösen.

## **8. Nachhaltigkeit**

Eine kleinstrukturierte Landwirtschaft hätte mehr Möglichkeiten nachhaltige Bewirtschaftungsmethoden anzuwenden. Man müsse von den Monokulturen wegkommen und die Konsumenten/-innen sensibilisieren, damit die biologische Landwirtschaft auch profitabel wird. Die Rahmenbedingungen auf EU-Ebene müsse man entsprechend gestalten.

## **9. Selbstbestimmung**

Kontroverse Meinungen charakterisieren die Diskussion: So wird gefragt, ob diese ein innerer Prozess oder ein externer Prozess sei und ob sie rechtlich möglich sei. Es wird u.a. die Meinung geäußert, dass die Selbstbestimmung bereits umgesetzt sei. Die Selbstbestimmung müsse von der Mehrheit getragen werden, müsse wachsen und ein europäischer Prozess werden. Ziel sei eher ein Europa der Regionen als das „Zurück“ zu Österreich. Das Thema wird von den Medien unterdrückt. Die Teilnehmenden einer Diskussionsrunde sind sich einig, dass das Recht auf Selbstbestimmung bestehe, es wird jedoch auf eine Klärung des Begriffs gedrängt und Angst vor Abkapselung geäußert. Anzustreben sei, dass sich Europa weg von den Nationalstaaten entwickelt. Die italienischen Parteien müssten ihre Position dazu klären. Selbstbestimmung wird auch als Schutz vor dem Verfassungsgericht sowie vor fehlender Rechtssicherheit betrachtet.

## **10. Schule**

Die Chancen der Dreisprachigkeit werden genauso thematisiert wie die Mängel im Erlernen der deutschen Hochsprache. Dies habe mit der häufigen Nutzung der Umgangssprache und des Dialekts zu tun. Dialekt/Umgangssprache und Standardsprache seien beide wichtige Kompetenzen, Letztere vor allem für die Verständigung mit Italienisch- und Anderssprachigen. CLIL wird als Gefahr für das Erlernen der deutschen Hochsprache bezeichnet, insbesondere für Jugendliche aus „gemischtsprachigen“ Familien. Mehrsprachige Schulen werden als problematisch eingestuft, aber auch als Option begrüßt. Um den Eltern Wahlfreiheit einzuräumen, wird vorgeschlagen, freie Schulen und alternative Schulmodelle nach finnischem Vorbild zu fördern. Dem wird entgegengehalten, dass die staatliche Schule eine verbindende Funktion habe und eine Zersplitterung des Schulsystems nicht von Vorteil sei. Im Kindergarten sei der Hochsprachunterricht wichtig. Unterstrichen wird, dass es

Aufgabe der Eltern sei, das Sprachenlernen zu fördern. Der Italienischunterricht in der Schule sollte wie ein Fremdsprachenunterricht aufgebaut werden. Englisch sei cooler. Gemeinsame Schulgebäude für die deutsche und die italienische Sprachgruppe seien angesichts der steigenden Anzahl von Einwandererkindern von Vorteil.

## **11. Soziale Anliegen**

Es wird darauf hingewiesen, dass die finanzielle Wertschätzung von Familienarbeit in Italien zu gering und die Familienförderung viel schlechter als in Deutschland und in Österreich ist. Deshalb wird vorgeschlagen, die familiäre Betreuungsarbeit durch einen Rentenanspruch für Mütter anzuerkennen. Mehr Flexibilität zur Ermöglichung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf könne einen Gewinn für das Unternehmen darstellen. Der Bau von kulturübergreifenden Mehrgenerationenhäusern mit gemeinschaftlicher Infrastruktur bzw. gemeinschaftlichen Ökodörfern soll auch angedacht und umgesetzt werden. Durch die Sanierung und Erweiterung bestehender Baumassen bzw. Adaptierung leerer Bausubstanz solle für leistbares Wohnen gesorgt werden. Zur Armutsbekämpfung werden auch Mietbeihilfen bzw. die Absenkung der Mieten als wirksam angesehen sowie der Bau mehrerer Sozialwohnungen durch die Unterstützung des WOBI. Auch sollen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit älterer Menschen sowie der Jugend und von Migranten/-innen ergriffen werden. U.a. werden Änderungen im Steuersystem und Modelle für den gleitenden Übergang in die Rente gefordert. Nach dem Vorbild der brasilianischen Verfassung solle das bedingungslose Grundeinkommen über direktdemokratische Prozesse im Autonomiestatut verankert werden. Voraussetzung hierfür sei die Steuerhoheit. Konsumsteuern seien eine wesentliche Finanzierungsschiene. Das bedingungslose Grundeinkommen wird als Schutz der kleinstrukturierten Landwirtschaft und als Schutz vor den großen Konzernen befürwortet.

## **12. Toponomastik**

Historische Ortsnamen in der Makrotoponomastik sollen beibehalten werden, während die erfundenen faschistischen Ortsnamen getilgt werden sollen. Aufgrund wissenschaftlicher Kriterien könnten historisch fundierte italienische Ortsnamen belassen werden. Flurnamen seien nicht zu übersetzen und keine italienischen Namen neu zu erfinden. Einer anderen Auffassung nach sollte die künftige Regelung etwas großzügig mit den italienischen Ortsnamen sein und diese nicht nur auf historische begrenzen. Es wird für notwendig erachtet, Informationsarbeit zur Toponomastik für italienischsprachige Südtiroler zu leisten.

## **13. Unabhängigkeit**

Es wird das Konzept angesprochen, über den Weg der Vollautonomie den Weg zu einem eigenständigen Staat zu beschreiten. Diese Vision müsse reifen, wie die Beispiele von Schottland und Katalonien zeigen. Dagegen spreche die Größe Südtirols. Es sei nicht möglich, die Unabhängigkeit von Justiz und Polizei zu gewährleisten. Denkbar sei eine eigenstaatliche Lösung auch zusammen mit anderen Regionen, etwa im Rahmen der Europaregion. Die Vollautonomie finde auch die Zustimmung vieler

Italiener. Die Eigenständigkeit sei dem Wiederanschluss an Österreich vorzuziehen. Es wird auch gesagt, dass die Autonomie nichts mehr wert sei. Die Unabhängigkeit von einem durch Korruption, Staatsverschuldung, Jugendarbeitslosigkeit und fehlender Wettbewerbsfähigkeit gekennzeichneten Staat Italien wird als lohnende Perspektive für Südtirol angesehen. Hingewiesen wird auch auf die Staatsform der basisdemokratischen parlamentarischen Monarchie nach dem Beispiel Liechtensteins. Damit würde den Menschen eine Führungsfigur über die traditionellen ethnischen Polarisierungen hinweg angeboten.

## **14. Zusammenleben**

Die Autonomie sei ein Instrument, um das Zusammenleben der drei Sprachgruppen zu gewährleisten. Inzwischen sind neue Bürger/-innen aus anderen Ländern dazugekommen. Den neu Angekommenen dürfe man nicht nur sagen, wie sie sich in unsere Kultur integrieren müssen, es braucht auch die Bereitschaft zur Öffnung seitens der lokalen Bevölkerung. Es müssten Bedingungen geschaffen werden, damit sich Einwanderer auch in den deutschsprachigen Alltag integrieren. Am besten sei es, wenn sie beide Sprachen lernen. Dann gebe es auch die Realität der Mehrsprachigen. Mehrsprachigkeit wird als Bereicherung angesehen. Bemängelt wird, dass Gemischtsprachige ihren Status als solche nicht erklären können. Italienischsprachige Südtiroler/-innen sollten sich nicht mit faschistischen Denkmälern und Ortsnamenregelungen identifizieren. Dagegen verwehren sich italienischsprachige Teilnehmer, die Südtirol schon seit Generationen als ihre Heimat betrachten. Es sei eine konstruktive Diskussion bzgl. der Denkmäler erforderlich. Italienischsprachige Südtiroler sollen nicht ständig unter Prüfungszwang sein. Als positive Beiträge zum Zusammenleben werden sprachgruppenübergreifende Begegnungen der jungen Menschen in der Freizeit, die Zusammenlegung von Sportgruppen, gemeinsame Schulgebäude mit gemeinsamen Tätigkeiten am Nachmittag und gemeinsame Jugendzentren genannt. Im Alltag sei das Zusammenleben auf einem guten Weg. Zentral sei es, Gerechtigkeit, Gleichheit und Respekt der Einzelnen und der Gruppen in Bezug auf Schule, Kultur und Bildung, Proporz und Ressourcennutzung zu gewährleisten.

---

## **Open space del 6 febbraio 2016, Merano, Istituto tecnico per il turismo e le biotecnologie "Marie Curie" – Riassunto delle tematiche trattate e dei relativi protocolli**

Il presente testo ha scopo informativo e offre una panoramica qualitativa delle tematiche più rilevanti e delle considerazioni emerse durante il terzo *open space* della Convenzione sull'Autonomia, che ha avuto luogo presso l'Istituto tecnico per il turismo e le biotecnologie "Marie Curie" a Merano. Senza l'ambizione di poter fornire un riassunto esaustivo, si approfondiscono diverse questioni e argomenti con l'intento di illustrare anche le posizioni controverse. Il riassunto si basa sui verbali redatti dai partecipanti ai gruppi di lavoro. Per consultare i testi originali si rimanda alle trascrizioni complete

[http://www.konvent.bz.it/sites/default/files/atoms/files/protokolle\\_meran.pdf](http://www.konvent.bz.it/sites/default/files/atoms/files/protokolle_meran.pdf) dei verbali.

In tutto sono state affrontate 35 tematiche e consegnati 35 verbali al Segretariato della Convenzione.

Le proposte contenute nei verbali sono state raggruppate in 14 ambiti tematici (in ordine alfabetico), che corrispondono in larga parte a quelli definiti nei due precedenti *open space*:

### **1) Ampliamento dell'Autonomia**

Previa verifica delle competenze statali, si auspica il passaggio di tutte le rimanenti competenze alla Provincia di Bolzano, tra cui: potestà impositiva, giustizia, polizia, appalti pubblici, attuazione della normativa europea, sport, scuola, servizio postale, tutela ambientale, sanità, caccia. Si dovrebbero inoltre rafforzare e ampliare le competenze esistenti, poiché la Corte costituzionale troppo spesso interviene con interpretazioni di orientamento centralistico. Servirebbe un incremento del personale presso l'Avvocatura della Provincia. Si dovrebbero inoltre sfruttare maggiormente gli spazi di manovra nell'ambito delle competenze primarie e secondarie (come in Trentino). Facendo riferimento ad altri Paesi come San Marino, si afferma che all'Alto Adige spetterebbe l'autonomia in ambito sportivo. Gli sportivi altoatesini che si presentano ai blocchi di partenza con un logo pubblicitario dell'Alto Adige offrirebbero un'inestimabile strumento promozionale. Si chiede che il principio di sussidiarietà sia applicabile anche nei rapporti tra Provincia e Comuni; i Comuni dovrebbero inoltre ottenere adeguati finanziamenti, stabilità e certezze a livello di pianificazione economica. Si afferma anche che le forze di polizia dovrebbero restare di competenza statale al fine di garantire una buona comunicazione tra Stato e Provincia.

## **2) Ampliamento della tutela delle minoranze**

Si sostiene che Sinti e Rom, da tempo residenti in Alto Adige, necessitano di una tutela giuridica. Ci si pone la domanda se il riferimento ai diritti umani e alla Costituzione sia sufficiente a tutelare in maniera adeguata le diverse altre minoranze (linguistiche) in Alto Adige o se siano necessarie misure speciali. Si afferma anche che chi arriva dovrebbe adeguarsi alla maggioranza. Si chiede inoltre il riconoscimento, sinora negato, delle famiglie mistilingui quali gruppo linguistico a se stante.

## **3) Autodeterminazione**

La discussione è caratterizzata da opinioni controverse: ci si chiede ad esempio se l'autodeterminazione sia un processo interno o esterno e se sia possibile dal punto di vista giuridico. Si esprime tra l'altro l'opinione che l'autodeterminazione sia già stata implementata. L'autodeterminazione dovrebbe essere portata avanti dalla maggioranza, dovrebbe crescere e diventare un processo europeo. L'obiettivo sarebbe un'Europa delle Regioni piuttosto che il "ritorno" all'Austria. L'argomento viene taciuto dai media. I partecipanti a una delle discussioni concordano che sussista il diritto all'autodeterminazione, urge tuttavia un chiarimento del termine e si esprime il timore di restare isolati. Si punterebbe a un allontanamento dell'Europa dal principio degli Stati nazionali. Ai partiti italiani si chiede una presa di posizione in merito. L'autodeterminazione viene vista anche come tutela nei confronti della Corte costituzionale e della mancanza di certezza del diritto.

## **4) Convivenza**

L'autonomia rappresenterebbe uno strumento in grado di garantire la convivenza dei tre gruppi linguistici. Nel frattempo sono arrivati cittadini da altri Paesi. Ai nuovi arrivati non dovrebbe essere detto solo in che modo si debbano integrare nella nostra cultura, è necessaria anche la disponibilità ad aprirsi da parte della popolazione locale. Dovrebbero essere create le condizioni per far sì che gli immigrati si possano integrare anche nella realtà della comunità di lingua tedesca. La soluzione migliore sarebbe che imparassero entrambe le lingue. In questo modo esisterebbe anche una realtà plurilingue. Il plurilinguismo viene visto come un arricchimento. Si esprimono critiche in ordine al fatto che non sia prevista la possibilità per i mistilingui di dichiararsi tali. Gli altoatesini di lingua italiana non dovrebbero riconoscersi nei monumenti fascisti e nella toponomastica. Tale identificazione viene respinta con fermezza da alcuni partecipanti di lingua italiana, che considerano l'Alto Adige la propria terra già da generazioni. Sarebbe necessario un confronto costruttivo sulla questione relativa ai monumenti. Gli altoatesini di lingua italiana non dovrebbero venire costantemente messi sotto esame. Le occasioni di incontro nel tempo libero tra giovani appartenenti a gruppi linguistici differenti, l'unione di gruppi sportivi, gli edifici scolastici condivisi con previsione di attività pomeridiane comuni e i centri giovanili comuni sono presentati come contributi positivi alla convivenza. Nella vita quotidiana la convivenza sarebbe sulla buona strada. Questione centrale sarebbe garantire giustizia, uguaglianza, rispetto dei singoli e dei gruppi in relazione a scuola, cultura e istruzione, proporzionale e allocazione delle risorse.



## **5) Cultura**

In ragione della loro funzione identitaria si chiede la valorizzazione di arte e cultura quale principale obiettivo sociale a lungo termine. I due settori dovrebbero essere considerati paritari rispetto ai due pilastri dell'economia e delle politiche sociali e dotati delle stesse risorse. L'arte e la cultura devono liberarsi del proprio ruolo secondario. La cultura deve essere legata alla scuola e portare avanti un progetto di cultura trilingue, che potrebbe fungere da ombrello per tutte e tre le culture. Il preambolo allo Statuto di autonomia dovrebbe sancire la funzione fondamentale della cultura. Si tratterebbe di una cultura della convivenza, non della separazione. Al Museion di Bolzano dovrebbe competere un ruolo paragonabile a quello di un'università in termini di confronto artistico con le questioni del nostro tempo.

## **6) Immigrazione**

Si considera necessario che la competenza per le questioni legate all'immigrazione sia demandata dallo Stato alla Provincia, al fine di incentivare le misure per l'integrazione come la formazione e l'informazione. La conoscenza della lingua tedesca, oltre a quella italiana, dovrebbe costituire un requisito per l'acquisizione della cittadinanza. Si afferma che in Svizzera, dove la quota di immigrati è maggiore, le leggi sono applicate in maniera più rigida.

## **7) Indipendenza**

Si menziona l'idea di percorrere la via che porta all'autonomia integrale per giungere a uno Stato indipendente. Come mostrano gli esempi di Scozia e Catalogna, una tale visione avrebbe bisogno di maturare. Le dimensioni dell'Alto Adige rappresenterebbero un argomento a sfavore. Non sarebbe possibile garantire l'indipendenza di magistratura e polizia. Si ipotizza la soluzione di uno stato indipendente che includa anche altre Regioni, ad esempio nel quadro dell'Euregio. L'autonomia integrale troverebbe il favore anche di molti italiani. L'indipendenza sarebbe da preferire rispetto alla riannessione all'Austria. Vi è chi afferma anche che l'autonomia non avrebbe più alcun valore. L'indipendenza rispetto a uno Stato italiano corrotto, indebitato, caratterizzato da disoccupazione giovanile e mancanza di competitività viene vista come una prospettiva vantaggiosa. Si rimanda anche alla forma di governo rappresentata dalla monarchia parlamentare su base democratica sull'esempio del Liechtenstein. In tal modo verrebbe offerta alle persone un'unica figura leader, al di là delle divisioni etniche tradizionali.

## **8) Partecipazione dei cittadini**

Un territorio autonomo richiederebbe persone che si comportano in maniera aperta e responsabile. Ciò si lega a un appello per un senso di responsabilità personale e civile, nonché per la sussidiarietà. Reagire alla disaffezione per la politica sarebbe compito dei cittadini. Tra gli strumenti utili in tal senso potrebbero esserci una versione dello Statuto di autonomia scritta in un linguaggio comprensibile a tutti e la promozione della democrazia diretta. Si auspica che la popolazione partecipi alla definizione delle regole della politica e decida sulle questioni fondamentali in virtù della propria

sovranità. Si afferma anche la necessità di rappresentanti eletti dai cittadini, poiché non sempre questi ultimi desiderano partecipare alle decisioni.

## **9) Plurilinguismo e proporzionale**

Si chiede una comunicazione rigorosamente bilingue in tutti i servizi pubblici, dalle poste alla Telecom, dall'agenzia delle entrate agli enti parastatali. Parimenti andrebbe introdotta l'etichettatura bilingue per tutti i medicinali e prodotti, quali gli alimentari e i pesticidi, seguendo l'esempio della Svizzera. Si discute anche di una temporanea sospensione della proporzionale per valutarne gli effetti dopo cinque anni.

L'assunzione degli impiegati pubblici dovrebbe basarsi sulla qualifica e un test di accertamento del bilinguismo. Si presume che la rinuncia alla proporzionale possa aumentare la motivazione all'apprendimento linguistico.

## **10) Questioni sociali**

Si segnala che in Italia il riconoscimento economico del lavoro familiare è troppo esiguo e il sostegno alle famiglie molto minore rispetto a Germania e Austria. Per questo motivo si propone di riconoscere l'attività di cura della famiglia prevedendo il diritto alla pensione per le madri. Una maggiore flessibilità per rendere possibile la conciliazione tra famiglia e lavoro potrebbe rappresentare un vantaggio per le imprese. Dovrebbe essere pianificata e realizzata la costruzione di case multigenerazionali e multiculturali dotate di infrastrutture comuni nonché di comunità ecologiche. Attraverso il risanamento e l'ampliamento delle cubature esistenti ovvero l'adeguamento di edifici vuoti, dovrebbero essere create le condizioni per offrire abitazioni a costi sostenibili. La concessione di contributi per l'affitto ovvero la riduzione dei canoni di locazione, così come la costruzione di un maggior numero di alloggi sociali con il sostegno dell'IPES, sono considerati mezzi efficaci per combattere la povertà. Inoltre dovrebbero essere adottate delle misure contro la disoccupazione di persone in età avanzata, di giovani e di immigrati. Tra le altre cose si richiedono modifiche al sistema impositivo e l'introduzione di modelli per l'accompagnamento graduale alla pensione. Il reddito di base dovrebbe trovare riconoscimento nello Statuto di autonomia attraverso un processo di democrazia diretta, sul modello della Costituzione brasiliana. Il presupposto sarebbe rappresentato dalla potestà impositiva. In questo senso le imposte sui consumi rappresenterebbero un canale di finanziamento essenziale. Il reddito di base viene promosso per proteggere i piccoli agricoltori nonché per difendersi dai grandi gruppi industriali.

## **11) Rapporti con l'Austria**

La tutela dell'autonomia a livello internazionale non è ritenuta sufficientemente solida, ragion per cui si considera importante il ruolo di potenza tutrice dell'Austria per dialogare con lo Stato italiano. Uno dei partecipanti sostiene che le norme di attuazione dello Statuto non godrebbero di alcuna garanzia a livello internazionale. Sussisterebbe sempre il pericolo di modifiche unilaterali da parte dello Stato italiano. Un partecipante dubita del fatto che la garanzia derivante da un accordo bilaterale possa valere anche quale garanzia a livello internazionale.

## **12) Scuola**

Trovano espressione sia le opinioni relative alle opportunità connesse al trilinguismo sia quelle relative alle carenze nell'apprendimento del tedesco standard. Ciò dipenderebbe dall'uso frequente della lingua nella sua forma colloquiale e dialettale. Le competenze nel dialetto/linguaggio quotidiano e quelle nella lingua standard sarebbero entrambe importanti, queste ultime in particolare per la comunicazione con i parlanti di lingua italiana e di altre lingue. Il metodo CLIL viene definito tra l'altro come un pericolo ai fini dell'apprendimento del tedesco standard, in particolare per i giovani che provengono da famiglie "mistilingui". Le scuole plurilingui vengono considerate come problematiche, ma anche guardate con favore in quanto possibilità. Per concedere ai genitori libertà di scelta, si propone di incentivare le scuole private e i modelli scolastici alternativi, sull'esempio finlandese. A ciò si obietta che la scuola statale avrebbe una funzione di aggregazione e che una frammentazione del sistema scolastico non porterebbe alcun vantaggio. Nella scuola dell'infanzia sarebbe importante l'insegnamento della lingua standard. Viene sottolineato che sarebbe compito dei genitori incentivare l'apprendimento delle lingue. L'insegnamento della lingua italiana nelle scuole dovrebbe essere strutturato come insegnamento di una lingua straniera. L'inglese sarebbe più "cool". Sarebbe considerato un vantaggio avere degli edifici scolastici comuni per i gruppi linguistici tedesco e italiano alla luce del crescente numero di figli di immigrati.

## **13) Sostenibilità**

Un'agricoltura su piccola scala avrebbe maggiori possibilità di applicare tecniche di coltivazione sostenibile. Si dovrebbero abbandonare le monoculture e sensibilizzare i consumatori, affinché l'agricoltura biologica diventi proficua. Si dovrebbe inoltre plasmare di conseguenza il quadro di riferimento a livello europeo.

## **14) Toponomastica**

Si dovrebbero conservare i toponimi storici nell'ambito della macrotoponomastica, mentre dovrebbero essere cancellati i toponimi fascisti inventati di sana pianta. Sulla base di criteri scientifici si potrebbero conservare i toponimi italiani storicamente fondati. I microtoponimi rurali non dovrebbero essere tradotti e non dovrebbero essere inventati dei nuovi toponimi italiani. Di contro vi è chi afferma che la futura regolamentazione dovrebbe essere più generosa nei confronti dei toponimi di lingua italiana evitando di confinarli solo a quelli di carattere storico. Si ritiene necessario condurre attività di informazione sulla toponomastica nei confronti degli altoatesini di lingua italiana.